

Universitäts- und Landesbibliothek Tirol

Innsbrucker Nachrichten. 1854-1945 1926

29.3.1926



Unabhängige Tageszeitung mit Wochenbeilage

und mit der illustrierten Monatschrift „Vergland“.

Für nicht verlangte Einblendungen an Redaktion und Verwaltung wird keinerlei Haftung übernommen, auch eine Verpflichtung zur Rücksendung wird nicht anerkannt. — Eigentümer, Verleger und Drucker: Wagner'sche Universitäts-Buchdruckerei in Innsbruck, Erlersstraße 5. — Verantwortlicher Schriftleiter: J. E. Langhans. Für den Inbegriff verantwortlich Rudolf Wagner.

Vertraut: Schriftleitung Nr. 750

Verwaltung Nr. 761

Bezugspreise: An. Plage monatlich in den Abholstellen S 4.20, mit Zustellung ins Haus S 4.60. Einzelnummer 20 Groschen. Sonntagsnummer 30 Groschen. Mit Postzusendung monatlich S 4.60. Deutschland monatlich S 5.—; in das übrige Ausland monatlich S 7.—. Mit Postzusendung nach Süditalien oder Italien monatlich Lire 16.—, Einzelnummer Lire —.70 (—,80). Postsparkassa-Ronto 52.677.

Wiener Büro: Wien, I., F.-Belangungasse 4 (E. Pillerhof), Fernr. 24—29. Die Bezugsgelder sind im vorzinslich zu entrichten. Jedes einmal erhaltene Bezugverhältnis währt bis zum Ende desjenigen Monats, in dem die schriftliche Abmeldung erfolgt. Entgeltliche Anklagen im redaktionellen Teile sind mit einem Bauschein und einer Nummer kenntlich gemacht.

Nummer 72

Montag, den 29. März 1926

73. Jahrgang

Wochenkalender: Montag, 29. Cyrillus, Lenztag, 30. Quirinus, Mittwoch, 31. Amos Pr. Donnerstag, 1. April Gründ-, Hugo, Freitag, 2. Karf., Franz v. P. Samstag, 3. Karf., Nidj, Sonntag, 4. Oster.

Landesparteitag der Großdeutschen Volkspartei.

Die Stellungnahme der Tiroler Großdeutschen zu politisch-aktuellen Fragen.

Am 27. und 28. März fand in Innsbruck der Landesparteitag der Großdeutschen Volkspartei statt, der aus allen Bezirken des Landes sehr gut besucht war. Die Parteitagung wurde am Samstag durch eine Sitzung der Landesparteileitung eingeleitet, der auch der Obmann der Reichsparteileitung, Präsident Dr. Potawa, bewohnte. Die Parteileitung nahm neben internen Parteianglegenheiten auch zur Südtiroler Frage Stellung. — Anschließend an die Parteileitungssitzung war am Abend eine

Tagung der großdeutschen Bürgermeister und Gemeindevorstände.

Landesparteiobmann Dr. Straffner erstattete einen eingehenden Bericht über das Gemeindeabgabengeseh und zeigte die einzelnen Mängel auf, die diesem Landesgesetz anhaften. An das Referat schloß sich eine längere Besprechungsrede, in der von einzelnen Bürgermeistern die Bedenken bestätigt wurden, die der Referent geäußert hatte.

Landesrat Bösmann referierte über das Tiroler Straßensystem und über Wasserbaufragen. Er beleuchtete in anschaulicher Weise das Bestreben des Bundes, möglichst viele Straßen dem Lande zu übergeben und zeigte, wie es ihm als Referent unter den schwierigsten Umständen doch gelungen ist, die Beiträge des Bundes für Straßenausbau und Straßenerhaltung auf das Nötigste zu erhöhen. Bezüglich der Wasserbauten sagte Landesrat Bösmann, daß Inn, Isch, Grobsache und Drau allein einen Betrag von 16,5 Milliarden Kronen erfordern. Dem beifällig aufgenommenen Referat folgte eine lebhafte Wechselrede. Namentlich Stadtrat Kemler aus Aflenz tadelt es, daß Bund und Land für die Thiersee-Strasse, die eine der wichtigsten Straßen des ganzen Unterlandes zu werden verspricht, nicht das nötige Geld zur Verfügung stelle. Stadtrat Kemler machte auch auf die Mängel bei einzelnen Konkurrenzstraßen des Unterlandes aufmerksam. Bürgermeister Hiesberger, Bürgermeister Karl, Bürgermeister Aunger und Bürgermeister Parth sprachen im gleichen Sinne bezüglich anderer Straßen.

Die erschienenen Bürgermeister brachten außerdem noch eine Reihe von Beschwerden vor, namentlich wegen der neuen Regelung der Polizeistunde. In diesem Zusammenhang wurde u. a. beschlossen, den Parteivorstand zu beauftragen, wegen dieser neuen Verordnung bei der Landesregierung vorstellig zu werden. Die Parteileitung wurde weiter aufgefordert, über Bürgermeister-Beschwerden abzuhandeln und der Frage der finanziellen Gemeindeökonomie, wie sie früher bestanden hat, näher zu treten. Bis zur nächsten Tagung sollen entsprechende Reformvorschläge ausgearbeitet werden.

Am Sonntag, 9 Uhr vormittags, begann der ordentliche Landesparteitag, an dem sich 77 Vertreter und Vertreterinnen beteiligten, die zusammen 4700 organisierte Parteimitglieder vertreten.

Landesparteiobmann Dr. Straffner eröffnete den Parteitag und begrüßte im besondern den Vorsitzenden der Reichsparteileitung, Präsident Dr. Potawa. Dr. Straffner gab in seiner einleitenden Worten, nach einem Hinweis auf die traurigen Verhältnisse in Südtirol, der Hoffnung Ausdruck, daß die Volksgenossen südwärts des Brenners in dem Kampfe um die Wahrung ihres Volkstums nicht erlahmen würden. Er versicherte, daß die Nordtiroler Großdeutschen es als ihre oberste Pflicht betrachten, die Kulturgemeinschaft mit den Deutsch-Südtirolern aufrecht zu erhalten, bis auch für sie wieder die Stunde der Freiheit geschlagen hat.

Präsident Dr. Potawa überbrachte die Grüße der Reichsparteileitung und des Abgeordnetenverbandes der Großdeutschen Volkspartei und betonte, daß Reichsparteileitung und Abgeordnetenverband die Erregung und Haltung der Tiroler Parteifreunde in der Südtiroler Frage vollkommen verstehen. Die Gesamtpartei werde in dieser Frage nicht ermangeln, in der Wahrung der Interessen der Deutsch-Südtiroler hinter den Tiroler Parteigenossen zu stehen.

Der Bericht des Parteiobermannes Dr. Straffner.

Landesparteiobmann Dr. Straffner erstattete einen eingehenden politischen Bericht, in dem er hauptsächlich auf die Verhältnisse in Südtirol und die letzte Rede des Bundeskanzlers Dr. Kamek einging. Er sprach

aber auch über allgemein politische Fragen, die jetzt ein aktuelles Interesse haben. So äußerte er sich über die Mündigkeit im politischen Leben und sagte hierüber ungefähr folgendes:

Die Großdeutsche Volkspartei für Tirol hält im Zeichen allgemeiner politischer Mündigkeit ihren siebenten ordentlichen Parteitag ab. Es ist deshalb Aufgabe der Partei, die sich nicht als Selbstzweck betrachtet, sondern die ein Instrument der Allgemeinheit sein will, durch das die Allgemeinheit auf die Geschichte des Staates und seiner Wirtschaft Einfluß nehmen soll, nach den Ursachen dieser politischen Mündigkeit zu forschen. Die politische Mündigkeit fließt aus verschiedenen Quellen. In der Hauptsache kann man aber wohl nur von zwei solchen Quellen sprechen. Die eine hat ihren Ursprung auf politischem, die andere auf wirtschaftlichem Gebiete. Alle einzelnen Klagen, von denen man annehmen könnte, daß sie einen anderen Ursprung haben, lassen sich aber bei genauer Untersuchung doch auf die zwei genannten Hauptquellen zurückführen.

Wenn wir die politischen Quellen untersuchen, können wir feststellen, daß die Unzufriedenheit nicht mehr auf die Staatsform zurückgeht, wenn es auch jetzt noch Leute gibt, die gerade die Staatsform als den Grund des ganzen politischen Jammers hinstellen. Die Leute kritisieren sich vielfach aus Kreisen, die in der Zeit der Monarchie auch unzufrieden waren und die damals vielleicht die Republik als einzige Rettung aus der politischen Not des Vormärz bezeichneten. Der allgemeine Unwille richtet sich aber gegen die radikalen Auswirkungen der Demokratie in unserer Verfassung, die wir in dieser scharfen Form kaum in einer anderen Staatsform finden. Die Masse unseres Volkes will vor der Souveränität nichts wissen, die unsere Verfassung dem Volke einräumt. Das Volk würde gerne einen Teil seiner Souveränität einem aus direkter, aber nicht aus indirekter Wahl hervorgegangenen Präsidenten abtreten. Dies gilt namentlich bezüglich der Regierungsbildung.

Der größte Unwille des Volkes richtet sich jedoch gegen das herrschende Wahlrecht.

das den freien Willen der Wähler vollkommen ausschließt. Anhänger des jetzigen Wahlrechtes sind lediglich die politischen Führer, die durch ein freieres Wahlrecht unter Umständen aus dem Sattel gehoben werden könnten und die dadurch um die Pflichten kämen, die ihnen durch das Mandat zugesichert sind. Wir haben deshalb im Vorhandigen einen entsprechenden Antrag zur Abänderung des bestehenden Wahlrechtes mit gebundener Liste eingebracht. Gewiß ist auch unser Antrag nicht das Ideal einer Wahlreform. Er bietet aber immerhin den Wählern die Möglichkeit, Personen ihres Vertrauens zu wählen, als dies bei der gebundenen Liste der Fall ist. Wenn wir bei unserem Reformvorschlag nicht weiter gegangen sind, so geschah dies deshalb, weil und durch die Bundesverfassung eine enge Grenze für unseren Reformvorschlag gezogen war. Eine gründliche Reform ist demnach nur bei einer Änderung unserer Verfassung möglich. Wir haben deshalb eine derartige Änderung anzustreben, die aber nicht allein mit dem Verhältnismäßigkeitsprinzip bricht, sondern auch der Gleichmächerei ein Ende bereitet. Damit will ich nicht gesagt haben, daß wir gegen das allgemeine Wahlrecht sind, das auch weiterhin beibehalten werden soll. Wir müssen uns aber auf den Standpunkt stellen, daß in Zukunft die Stimmen nicht allein gezählt, sondern auch gewogen werden sollen. Hierdurch werden unsere Vertretungskörper das Bild der Mittelmächtigkeit verlieren, durch das sie jetzt so stark mikireditiert wurden.

Gelingt es, diese rein politischen Reformen durchzuführen, so werden auch die Quellen versiegen, aus denen die wirtschaftliche Unzufriedenheit

fließt. Heute ist man der Ansicht, daß der Unzufriedenheit unserer Wirtschaftskreise nur durch eine andere Reform abgeholfen werden könnte. Die Wirtschaftskreise sind der Meinung, daß eine Besserung aller Verhältnisse dann eintreten würde, wenn die Wirtschaftskreise die Gesetzgebung in eigene Regale übernehmen würden. Ich bin der Meinung, daß die Verwirklichung dieses Gedankens den Anfang vom Ende der Reform unserer Wirtschaft bedeuten würde, denn ich kann mir nicht gut vorstellen, daß die grimmigsten Feinde innerhalb unserer Wirtschaft vor heute morgen im Wirtschaftsparlamente friedlich zusammen arbeiten werden. Im Wirtschaftsparla-

mente wird es in allen Fragen genau so zur Mehrheitsbildung kommen, wie im politischen Parlamente. Die Folge wäre das Unterliegen und die Unzufriedenheit der Minderheit genau so, wie es heute der Fall ist. Die Unzufriedenheit, die sich heute im Parlamente gegen alle jene richtet, die nicht der Produktion entsprossen sind, würden sich dann gegen die eigenen Standesgenossen äußern. Damit wäre aber keine Besserung erreicht. Dieser Weg ist deshalb ungangbar. Die Klagen der Vertreter unserer Wirtschaft müssen deshalb auf eine andere Weise berücksichtigt werden. Dies ist möglich, wenn wir auf den Antrag der Großdeutschen Volkspartei über die Grundzüge der Bundesreform vom Jahre 1920 zurückgreifen, in dem nicht allein die Landeswirtschaftskammern vorgezogen sind, sondern auch eine Reichswirtschaftskammer. In diesen Kammern, die aus Arbeitgeber und Arbeitnehmern zusammengesetzt sein sollen, sollen alle wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gesetze behandelt werden. Die Wirtschaftskammern können an die Stelle des Bundesrates treten, der trotz aller Anstrengungen nach Erweiterung seines Wirkungsbereiches ein totgeborenes Kind bleiben wird. Die Frage ist allerdings, ob sich geeignete Vertreter der Wirtschaft finden, die die Wirtschaftskammern bevölkern sollen.

Aber selbst dann, wenn diese Reform durchgeführt wäre, würde die wirtschaftliche Not in Österreich nicht vollkommen gehoben sein. Sie hängt eben auch von anderen Faktoren ab, als von dem Mechanismus der Gesetzgebung. In erster Linie müssen die einzelnen Gruppen unserer Wirtschaft einsehen, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen Maximalforderungen nicht durchgeführt werden können und daß diese Maximalforderungen dort, wo sie durch den Ansturz erreicht wurden, auf die Dauer nicht zu halten sind.

Wir haben deshalb den Gedanken der Volksgemeinschaft auch in den Vordergrund unseres Wirtschaftsprogrammes gestellt.

durch die die einzelnen Gruppen unseres Volkes und unseres Erwerbslebens billigerweise aufeinander Rücksicht nehmen sollen. Wenn wir uns in der jüngsten Zeit mehr der Gruppen des alten Mittelstandes, des Handels, des Gewerbes, der Industrie der öffentlichen und privaten Angestellten, der Pensionisten und der Veteranen des alten Mittelstandes, der Kleinrentner angenommen haben, so geschah es deshalb, weil dieser Mittelstand Gefahr läuft, ein Opfer des Bündnisses zwischen Bauern und Industriearbeiterschaft zu werden. Wenn wir diesen Weg beschreiten haben, geschah dies nicht allein im Interesse der Wirtschaft, sondern auch im Interesse des freibürgerlichen Gedankens, dessen Träger der Mittelstand war und heute noch ist, denn die von der Sozialdemokratie vertriebene Freiheit ist eine Pflanzhofenfreiheit, mag sie auch noch so absolut hingestellt werden.

Wie sind diesen Weg aber auch aus nationalen Gründen gegangen, denn der Mittelstand ist auch der Träger des nationalen Gedankens und hat als solcher verstanden zu wirken in jenen Kreisen, die den Wert nationaler Politik bis jetzt nicht erkannt haben.

Bürde der Mittelstand zuzunehmen, würde damit auch unsere deutsche Zukunft begraben werden.

Das meinen jetzt zu überleben, die glauben, in der Wirtschaft allein sei das Allheilsmittel unseres Volkes gelegen. Wir in Österreich treiben nationale Politik, nicht allein um die Kulturgemeinschaft mit den unter Fremdherrschaft schmachenden Volksteilen aufrecht zu erhalten, bis auch für sie die Stunde der Befreiung kommt, die wir schließlich beibehalten, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen. Wir verlangen deshalb als Deutschösterreicher unser Selbstbestimmungsrecht, damit wir den Anschluss an das große deutsche Wirtschaftsgebiet vollziehen können, wodurch unsere Wirtschaft allein aus der gegenwärtigen Not errettet werden kann. Aus diesem Grunde sind uns alle willkommen, die gleicher Meinung sind wie wir und die heute noch außerhalb unserer Reihen stehen. Aus diesem Grunde und aus wirtschaftlichen Erwägungen haben wir aber auch an politischen Kombinationen fest, die manchen unnatürlich erscheinen mögen, die aber nie Selbstzweck sein dürfen, sondern nur Mittel zum Zweck sein können.

Die Ausführungen der anderen Redner.

Handelskammer-Vizepräsident Langl gab einen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs seit dem Zusammenbruche. Er erklärte, daß auch die wirtschaftlichen Kreise das Unser Sanierungswort verstanden und unterstüzt haben, daß sie aber nur mehr, nach der Ordnung der Staatsfinanzen, unbedingt auch eine Sanierung der Wirtschaft verlangen müssen. Von dieser Sanierung sei man heute noch weit entfernt. Der Redner zeigte dies an der Hand von zahlreichen Bei-

spielen und kam zu dem Schlusse, daß eine vollkommene Sanierung unserer Volkswirtschaft aus eigener Kraft nie möglich sein wird, sondern daß die österreichische Volkswirtschaft nur durch den Anschluß an das große deutsche Wirtschaftsgebiet aus ihrer Not gerettet werden kann.

Anschließend an dieses Referat, das mit großem Beifall aufgenommen wurde, sprach Sr. Pembaur eingehend über die Verhältnisse in Deutsch-Südtirol und über die Maßnahmen, die eingeleitet wurden, um den Deutschen in Südtirol ihre Kulturgüter zu erhalten. Sr. Dr. Pembaur kam bei diesem Anlasse auch auf die am 17. Februar gehaltene Rede des Bundeskanzlers Dr. Ramek zu sprechen und bedauerte, daß gerade von Oesterreich aus, das doch in erster Linie berufen sei, sich seiner alten deutschen Landestelle anzunehmen, nichts getan werde, ja, daß im Gegenteil, sogar das Desinteressement am Schicksal der deutschen Südtiroler ausgesprochen wurde.

Die Ausführungen des Stadtrates Dr. Pembaur lösten großen Beifall aus. In der anschließenden Debatte ergriff u. a. Dr. Fritz Pantjauer das Wort und erklärte, daß sich die Tiroler Christen in der Südtiroler Frage geistlich hinter Parteivorstand und Volksgangsausschuß stellen, die sofort zur Rede des Bundeskanzlers in nicht mißzuverstehender Weise Stellung genommen haben. Dr. Pantjauer beantragte nachstehende

Entschließung,

die vom Parteitage einstimmig angenommen wurde:

„Der Landesparteitag der Großdeutschen Volkspartei für Tirol billigt die Stellungnahme des Volksgangsausschusses zu der Südtiroler „Verzichtrede“ des Bundeskanzlers und Außenministers Dr. Ramek und erklärt, daß die Landespartei einer Unterdrückung des Namens Südtirol und einem „Desinteressement“ an Südtirol niemals zustimmen kann und niemals auch darauf verzichten wird, daß die Angelegenheit der Deutschen in Südtirol als Minderheitenproblem vor das Forum des Völkerebundes gebracht werde.“

Der Kassabericht und der Voranschlag für das Jahr 1926 wurden einstimmig genehmigt und den Sachwaltern Gemeinderat Waldmüller, Finanzbeamten Horstschneel, Reg.-Rat Scharfetter, Frau Prof. Jung und Kommerzialrat Zech einmütig der Dank ausgesprochen und die Entlastung erteilt. Bei der

Neuwahl der Landesparteileitung

wurde der bisherige Parteivorstand mit den Herren Dr. Sepp Straßner als Obmann, Bürgermeisterstell-

vertreter Sepp Oppenauer und Landesrat Bernhard Zöschmayer als Stellvertreter einstimmig wiedergewählt. In die Landesparteileitung, die mit Rücksicht auf die Zahl der organisierten Mitglieder einige Verdrückungen erfahren hat, wurden mehrere verdiente Mitglieder neu gewählt.

Nach Abwicklung der Tagesordnung schloß der Vorsitzende, Abg. Dr. Straßner, mit herzlichem Dankesworten an alle Teilnehmer, namentlich an den Vorsitzenden der Reichsparteileitung, Präsident Dr. Botawa, sowie an die Schriftleitung des „Alpenland“ und der „Innsbrucker Nachrichten“, die den Bestrebungen der Partei stets warmes Interesse entgegengebracht haben, den Parteitag.

Großdeutscher Landesparteitag in Niederösterreich.

Gegen jede einseitige politische Bindung Oesterreichs mit anderen Staaten.

W. Wien, 28. März. Heute wurde der großdeutsche Landesparteitag für Wien und Niederösterreich abgehalten, an dem sich außer dem Vizekanzler Dr. Waber, Bundesminister Dr. Schäffl, zahlreiche Nationalräte und Landtagsabgeordnete, Vertreter aus Wien und der ganzen Provinz beteiligten. Im Mittelpunkt des Parteitages stand ein politischer Bericht vom Vizekanzler Doktor Waber, ein Bericht aus dem niederösterreichischen Landtag vom Präsidenten Dr. Rittermann und ein Referat über die nächsten Aufgaben der Großdeutschen Volkspartei von Dr. Wagner.

Es wurde eine Entschließung gefaßt, in der zunächst mit Genugtuung festgelegt wird, daß die Beziehungen zu dem stammverwandten Deutschen Reich durch offizielle und nichtoffizielle Bemühungen immer enger gestaltet werden und die Billigung zum Ausdruck kommt, daß die Regierung bei Ordnung der Beziehungen zu den anderen Staaten jede einseitige politische Bindung vermeidet.

Die Entschließung befaßt sich sodann mit den Vordergrund des Interesses stehenden innerpolitischen Fragen und fordert u. a. bezüglich des Wahlrechtes eine engere Verbindung zwischen Wählern und Gewählten, eine gesetzliche Regelung der Wetzinsfrage und des Valorisierungsproblems, eine zeitgemäße Form des Zollerzesses, Vereinfachung und Vereinfachung der Steuergesetzgebung und eine Schulverfassung.

Zum Schlusse werden den deutschen Volksgenossen, die unter Fremdherrschaft leben, insbesondere den Deutschen Südtirols, die herzlichsten Grüße entboten.

Seit vor zwei Jahren mein Herr Vorgänger und der Herr Reichsaußenminister in Wien festlich empfangen wurden, hat sich für Ihr Land wie für das unsere die allgemeine Lage zweifellos gebessert. Sie hatten damals gerade die ersten Stufen des schweren finanziellen Wiederaufbaues unter der Führung Ihres Herrn Vorgängers, des Bundeskanzlers Seipel, hinter sich, wir unsererseits stellten noch mitten im ersten Ringen um die Selbstbehauptung auf dem glücklich niedergewonnenen Boden einer festen Währung.

Es ist unverkennbar, daß seit der damaligen Zeit sich die wirtschaftlichen Verhältnisse sowohl in Oesterreich als auch im Reich wesentlich gebessert haben. Doch auch heute noch bedrängt schwere wirtschaftliche Not beide Völker und stellt höchste Anforderungen an das vaterländische Pflichtgefühl aller Volksteile.

Allmählich hat auch in Europa nach den starken Gegenätzen der Kriegszeit die Erkenntnis der Notwendigkeit verständnisvoller Zusammenarbeit an Boden gewonnen. Lassen Sie mich der Hoffnung Ausdruck geben, daß diese Entwicklung sicher und stetig fortschreite, wenn sie auch langsamer sich vollziehen mag als wir es wünschen.

Sie wird zum Heile, sowohl Oesterreichs wie des Reiches dienen und ich bin gewiß, daß sich unsere beiden Länder dabei stets in gemeinsamer Front befinden werden.

In diesem Sinne bitte ich Sie, die besten und herzlichsten Wünsche des Reiches für Oesterreich entgegenzunehmen. Ich erhebe mein Glas und trinke auf Ihr Wohl, Herr Bundeskanzler!

Die Antwort Dr. Rameks.

Auf die Ansprache des Reichskanzlers Dr. Luther erwiderte Bundeskanzler Dr. Ramek:

Ich danke Ihnen von Herzen für die freundlichen Worte der Begrüßung, die Sie an mich zu richten die Güte hatten und für alle die Liebenswürdigkeit, die mir hier in der lebenskräftigen Hauptstadt des großen Deutschen Reiches in so überwältigend reichem Maße zuteil wird. Sie haben, Herr Reichskanzler, in Ihrem Trinkspruch, an den Wiener Besuch Ihres hochverehrten Amtsvorgängers, des Herrn Dr. Wagy und des ausgezeichneten Mannes erinnert, der schon damals wie heute die Last der Verantwortung für die Außenpolitik des Deutschen Reiches trug. Wenn wir vor jenem für Oesterreich so erfreulichen Datum weiter zurückdenken an die beängstigenden und bedrückenden Sommerstage von 1922, als Dr. Seipel vor Einleitung des Genfer Sanierungswerkes zu Dr. Birich nach Berlin kam, als Oesterreichs Staats- und Privatwirtschaft niedergebroschen schien, als Deutschlands Verhältnis zu seinen westlichen Nachbarn immer bedrohlichere Formen annahm und wenn wir dann mit dieser Erinnerung die heutige Situation unserer beiden Staaten vergleichen, dann, glaube ich, dürfen wir wohl, den zurückgelegten Weg überblickend, eine gewisse Genugtuung empfinden:

Unsere Staatshaushalte sind in Ordnung, unsere Währungen gesichert, unsere Wirtschaften haben den Tiefpunkt einer schweren Genesungs- und Anpassungsstufe bereits durchschritten, unsere Beziehungen zu den fremden Staaten haben sich bedeutend gebessert und wenn die Hoffnung nicht trügt, nähern wir uns unaußhaltbar einem von allen „guten Europäern“ ersehnten Zustande eines auf wahrer Völkerverständigung verankerten europäischen Friedens.

Die ganze Welt legt nunmehr Wert darauf, der deutschen Mitarbeit auf dem Wege zu diesem herrlichen Ziele teilhaftig zu werden. Ist dies nicht ein Zeichen mehr und vielleicht das schönste dafür, daß jahrelange Finsternis dem hellen Lichte zu weichen beginnt und, wenn auch noch zögernd schwanhend, ein neues Europa im Werden ist?

Es geht vorwärts auf allen Gebieten des Lebens in unseren beiden Staaten.

Wer ist es, der dies bewirkt, dem die Ehre gebührt, diese gewaltige Aenderung in der internationalen Stellung unserer Staaten vollbracht zu haben? Es ist das deutsche Volk, das in den Werkstätten und Laboratorien, in den Kontoren und auf den Wechern Deutschlands und Oesterreichs mit Hammer und Meißel, mit Feder und Blei die Geschichte seines Wiederaufstieges aus tiefster Not verzeichnet. Jeder Stamm des deutschen Volkes schreibt ein eigenes Kapitel dieser Geschichte. Der Rhythmus ist verschieden, aber die Sprache ist gleich und gleich ist der Glaube an eine bessere freie deutsche Zukunft. Auf diese Zukunft erhebe ich das Glas: Ich trinke auf das Wohl Eurer Exzellenz und seiner Exzellenz des Herrn Außenministers, auf das Wohl des hochverehrlichen Herrn Reichspräsidenten Hindenburg und auf das Wohlergehen und Gedeihen des Deutschen Reiches!

Die Begrüßung durch die Presse.

W. Berlin, 27. März. Die Berliner Morgenpresse begrüßt den österreichischen Bundeskanzler mit herzlichsten Worten.

Die „Germania“ verweist auf die besondere Arbeit des Bundeskanzlers als Nachfolger und im Sinne seines Vorgängers Dr. Seipel sowie auf die Verdienste Dr. Rameks, die Beendigung der Finanzkontrolle erwirkt zu haben. Dieser Erfolg sei mit jenem der Reichspolitik in der Befreiung des Ruhrgebietes und der Kölner Zone zu vergleichen. Die Regierung Ramek werde von zwei Erwägungen geleitet: Pflege der herzlichen Beziehungen zum Deutschen Reich und freundschaftliche Verhältnisse zu allen Staaten. Diese beiden Grundgedanken schließen einander nicht nur nicht aus, sondern ergänzen geradezu einander. Rein auch nur halbwegs vernünftiger Mensch in Oesterreich und im Deutschen Reich denke an eine Hazardpolitik, die via facti politische Tatsachen zu schaffen versuchen wolle. Aber die Welt werde sich daran gewöhnen müssen, daß es in Mitteleuropa zwei deutsche Staaten gibt, deren Kulturgemeinschaft untrennbar und unzerreißbar sei. Daraus ergibt sich auch die Grundlinie für das freundschaftliche Verhältnis zu den übrigen Mächten und Staaten. Daß Oesterreich in Ruhe und Frieden leben und wieder aufbauen wolle, was der Krieg an Kultur und Wirtschaft zerstört hat, daß Oesterreich von allen übrigen staatlichen Kombinationen ein für allemal ausgeschlossen bleibe, die wirtschaftlich oder politisch dem natürlichen Charakter des Staates widersprechen, auch daran werde sich Europa gewöhnen müssen. Gegen das gesunde Empfinden für die Verlage des gesamten deutschen Sprachgebietes könne und wolle niemand in Oesterreich Position machen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Es ist selbstverständlich, daß bei einer solchen Zusammenkunft der leitenden Staatsmänner benachbarter und stammverwandter Stämme in der Unterhaltung auch Probleme

Der Besuch des Bundeskanzlers Dr. Ramek in Berlin.

Politische Besprechungen.

Heberreichung des goldenen Ehrenzeichens an Hindenburg.

W. Berlin, 27. März. Gelegentlich des heutigen Empfanges beim Reichspräsidenten von Hindenburg überreichte der Bundeskanzler Dr. Ramek dem Reichspräsidenten das große goldene Ehrenzeichen der Republik Oesterreich mit dem großen Stern. Im Laufe des Nachmittags fand zwischen den österreichischen und den deutschen Staatsmännern eine politische Besprechung statt. Ihren Gegenstand bildete besonders die politische Lage in Europa, wie sie durch die Ergebnisse der letzten Genfer Tagung sich gestaltet hat. An dem Besprechungen nahmen von österreichischer Seite Bundeskanzler Dr. Ramek, Generalsekretär Dr. Peter und der österreichische Gesandte Dr. Frank teil, während Reichsminister Dr. Stresemann, Staatssekretär Dr. Schuberl und Ministerialdirektor Röpcke die deutsche Reichsregierung vertraten. Die Ansprache zeugte von freundschaftlichster Gesinnung auf beiden Seiten.

Festvorstellung und Empfang.

W. Berlin, 27. März. Anlässlich der Anwesenheit des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Ramek fand heute in der Staatsoper eine Festaufführung der Oper „Heldin“ statt. Anschließend an die Festvorstellung in der Staatsoper veranstaltete die österreichische Gesandtschaft in den Festräumen des Gesandtschaftspalais einen Empfang.

Dr. Ramek über den Zweck der Berliner Reise.

Berlin, 27. März. Bundeskanzler Dr. Ramek empfing den Korrespondenten des „N. W. Z.“ und gab ihm folgende Erklärungen über seinen Berliner Besuch:

„Ich habe erst vor kurzem Gelegenheit gehabt, mit dem Reichskanzler Dr. Luther und dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann in Genf zusammenzutreffen, und in einem Augenblick, der für die deutsche Politik von besonderer Bedeutung war, mich mit den beiden Staatsmännern auszusprechen zu können. Auch bei dieser Gelegenheit sind wir uns des überaus herzlichen Verhältnisses innegeworden, das zwischen Deutschland und Oesterreich besteht. Die Jungferlichkeit dieses Verhältnisses braucht wirklich nicht erst aus politischen Erwägungen abgeleitet zu werden. Auf allen Gebieten des geistigen und künstlerischen Schaffens haben die politischen Grenzen zwischen uns und Deutschland niemals in der Vergangenheit irgendeine trennende Rolle spielen können.

Aber auch die wirtschaftliche Kollage selbst führt uns zusammen. Deutsche und Oesterreicher haben in den letzten Jahren in ähnlicher Weise alle im Volkstörper zurückgebliebenen Kräfte anzuregen müssen, um den durch die Kriegsschäden und die Friedensverträge aufs äuerste erschwertem Existenzkampf führen zu können. Trotz den unsäglichen Schwierigkeiten, die im Anfang kaum überwindbar erschienen, ist es Deutschland wie Oesterreich gelungen, sich aus dem Größten herauszuarbeiten.

Vocarno mag für das deutsche Volk das Symbol und ein Ausdruck wiedergewonnener Weltgeltung sein. Für uns in Oesterreich ist es die Tatsache der in kurzen bevorstehenden formalen Aufhebung der Kreditkontrolle des Völkerebundes, die Wiedergewinnung der finanzpolitischen Unabhängigkeit. Ein schweres Stück Arbeit bleibt in Deutschland und in Oesterreich noch zu verrichten. Unserer Wirtschaft tut es neben der Beschaffung langfristiger Kredite vor allem not, das System unserer Handelsverträge so auszubauen, daß unserer Industrie mit ihrem, die Ausnahmefähigkeit unseres inneren Marktes weit übersteigenden Apparat, sowie unserer in gewissen Beziehungen sehr leistungsfähigen Landwirtschaft eine genügende Ausführung ermöglicht wird. Auch meine Unterredungen mit den Berliner maßgebenden Stellen haben Fragen dieser Art geolltet.

Auch in Prag, wo ich mich vor der Rückkehr nach Wien aufhalten werde, sind es Besprechungen über die demnächst anzunehmenden Verhandlungen zur teilweisen Erneuerung des bestehenden Handelsvertrages, die mich beschäftigen werden. Politik haben Stills treibt Oesterreich nicht, kann es nicht treiben: die Sicherung der Existenz, die Aufrechterhaltung der Lebensfähigkeit des österreichischen Volkes, nimmt unsere Kräfte so gut wie gänzlich in Anspruch. Es liegt in unserem Interesse, daß wir eine Politik der Wirtschaft und der Arbeit machen, und es liegt im Interesse Europas, uns ruhig arbeiten zu lassen und die der Entwicklung unserer Wirtschaft entgegenstehenden Hindernisse abzubauen.“

Freundschaftliche Trinksprüche.

Die Rede des deutschen Reichskanzlers.

W. Berlin, 28. März. Reichskanzler Dr. Luther gab Sonntag abends zu Ehren des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Ramek ein Essen. Im Verlaufe des Essens hielt Reichskanzler Luther folgende Ansprache:

Lassen Sie mich mit einigen Worten den Gedanken Ausdruck geben, die uns alle in diesen Tagen bewegen, in denen Sie als Vertreter des Nachbar- und Brudervolkes bei uns weilen. Wie immer, wenn Vertreter der beiden Staaten in größerer Veranstaltung zusammenkommen, werden in uns die großen gemeinsamen Erinnerungen und die Gefühle herzlicher Freundschaft lebendig, die unzerstörbar zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich bestehen.

Wir gedenken insbesondere der Stärken und wechselseitigen kulturellen Ströme, die seit alter Zeit verbinden und befruchtend zwischen den beiden Staaten geflossen sind, wir gedenken in Deutschland Wiens als eines der fruchtbarsten Ausgangspunkte deutscher Kultur. Wie sich auf literarischem und künstlerischem Gebiete die schöpferischen Kräfte Oesterreichs und des Reiches gegenseitig fördernd ergänzen, so ist es auch auf dem Gebiete der Wissenschaft und des praktischen Lebens. Ich darf besonders an den großen Gedanken der Rechtsangleichung erinnern, die Handel und Wandel in beiden Staaten möglichst unter die gleichen rechtlichen Normen stellen will. Bei alledem wird es uns zur tröstlichen und festen Gewißheit, daß die geistige Einheit der in unseren Staaten organisierten Völker für beide ein unverlierbares Gut ist, was auch immer die politische Entwicklung den Staaten bringen mag.

politischer und wirtschaftspolitischer Natur berührt werden, die im gegenseitigen Verkehr der beiden Staaten zurzeit aktuell sind.

Der „Vorwärts“ meint, man kann dem Bundeskanzler Dr. Raafel nicht einen Vorwurf daraus machen, daß höhere Gewalt die staatliche Bestimmung eines Verhältnisses hindert, das längst zwischen den Völkern besteht.

Die „Demokratische Zeitungsdienst“ schreibt: Die Aufnahme des österreichischen Bundeskanzlers in Berlin kann nur die allerherzlichste und wärmste sein.

Die „Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz“ schreibt: Soweit die Behandlung irgendwelcher politischer Sonderfragen mit dem Besuch verbunden werden sollte, dürften sie in erster Linie in der Richtung des seit langem gemeinsam angestrebten Zieles einer Erleichterung der beiderseitigen Wirtschafts- und Verkehrsbeziehungen liegen.

Deutscher Reichstag.

Der Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft genehmigt.

Berlin, 27. März. (Wolff.) Präsident Loebe eröffnet die Sitzung des Reichstages mit der Bemerkung, er habe verdächtig viele Abgeordnete mit Reisekoffern bemerkt.

Bei der dritten Lesung des Haushaltsplanes des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft wurde die Frage des Getreidemonopols verbunden.

Ein Antrag der Regierungsparteien verlangt, aus den Mitteln der Reichsgetreidestelle an die unter Aufsicht der Reichsregierung stehende ständige Berufsorganisation einen Kredit von dreißig Millionen zu gewähren, um durch geeignete Maßnahmen den Schwankungen des inländischen Roggenpreises entgegenzuwirken.

Reichsernährungsminister Haslind hat um schnelle Verabschiedung der Vorlage für die Landwirtschaft wurde auf Ermäßigung des Zinsfußes hingewirkt und dafür gesorgt, daß auch die kleinen Landwirte ausreichende Kredite erhalten.

die Getreidevorlage

erklärte Reichsfinanzminister Dr. Reinhold gegenüber den Einwendungen der Opposition, für die Regierung sei bei den neuen Steuervorlagen nur die Absicht bestimmend gewesen, der Wirtschaft in ihrer schweren Krise zu helfen.

Nachprüfung der Entschädigungsgesetze.

Berlin, 27. März. (Wolff.) Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde heute bei der finanziellen Nachprüfung der Beschlüsse des Reichstagsausschusses für die Entschädigungsgesetze ein Antrag angenommen, den über 65 Jahre alten Geschädigten, die erwerbsunfähig, vermögenslos und ohne ausreichendes Einkommen sind, entsprechende Zuwendungen zu machen.

Bertagung des Reichstages bis 27. April.

Die Steuermilderungsvorlage wird in der Schlussabstimmung in der Fassung des Ausschusses angenommen. Es folgte die Beratung des Geschenkurfalles, durch den der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik aufgehoben wird.

Einladung Deutschlands zur Studentenkommision des Völkerbundes.

Berlin, 29. März. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat an das Reichsaußenministerium das Ersuchen gerichtet, für die Teilnahme an der Studentenkommision des Völkerbundes, die am 11. Mai in Genf tagen wird, einen Vertreter zu ernennen.

Der Vatikan und der Völkerbund.

Rom, 27. März. „Osservatore Romano“ dementiert kategorisch die Meldung, daß die Opposition Brasiliens im Völkerbund auf den Einfluß des Vatikans zurückzuführen sei.

Ein neuer Kurs Mussolinis.

Schwankung gegenüber Deutschland.

Rom, 27. März. In faschistischen Kreisen hat die pöbelliche Wendung der französisch-balkanischen Beziehungen beunruhigt. Man vermutet, daß in der Unterredung Briand-Rincic der französische Minister-

präsident die Neuordnung in Zentraleuropa und auf dem Balkan, wie sie von Rom aus als große antigermanische Koalition mit dem Zentrum in Rom selbst gedacht war, über den Haufen geworfen habe.

Diese Kursänderung kommt recht deutlich im Ton der faschistischen Presse zum Ausdruck, der im auffallenden Gegensatz zur Sprache in den Tagen der Südtiroler Debatte steht, was sich insbesondere in den heutigen Erklärungen der „Tribuna“, des Organs des Palazzo Chigi, zeigt.

Ein italienisch-deutscher Freundschaftspakt.

Rom, 27. März. Wie der Korrespondent des „N. B. Z.“ aus gut informierter Quelle erfährt, trägt man sich in römischen diplomatischen Kreisen tatsächlich mit dem Gedanken, mit Deutschland einen Freundschaftspakt abzuschließen, der bestimmte wäre, alle jene Fragen, die zu Reibungen Anlaß gegeben haben oder noch in Zukunft geben könnten, aus der Welt zu schaffen.

Man versichert auch, daß man in Rom lange schon an einen deutsch-italienischen Freundschaftsvertrag gedacht habe, daß aber Italien als Siegerstaat es bisher unterlassen habe, Schritte in dieser Richtung zu unternehmen, um nicht den Eindruck zu erwecken, Italien fühle sich in Europa isoliert und suche eine Stütze an einer besiegten Großmacht.

Gaststätte Alt-Insprugg

Maria-Theresien-Straße 16, ebenerdig und 1. Stock. Küche und Keller von bestem Ruf. M. A. u. H. Puschl.

Die Verfolgung politischer Gegner des Faschismus.

Kerkerstrafe für einen Parteifreund Matteottis.

Rom, 27. März. Der frühere Leiter der „Avanti“, Peter Nenni, wurde gestern wegen seiner Schrift über den Matteottiprozess, in der eine Aufregung zum Klassenhaß erblickt wurde, zu sechs Monaten Gefängnis und 150 Lire Geldstrafe verurteilt.

Vermögensbeschlagnahmen.

Rom, 27. März. Die Sozialisten Vacirca und Tonello wurden der italienischen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt, weil beide, nämlich der erstere in New York, der zweite in Lugano in der Schweiz, in den Zeitungen, die sie herausgaben, das jetzige italienische Regime verunglückend (!) und das Ansehen Italiens im Auslande geschädigt hätten.

Der Blutbund des Doppelkreuzes.

Die Nebenregierung in Ungarn.

Budapest, 27. März. Das Blatt „Est Kurier“ veröffentlicht ein Gespräch mit dem führenden Mitglied der Vereinigung „Blutbund des Doppelkreuzes“.

Wir haben, sagte der Gewährsmann, eine solche Macht in Händen, daß wir von heute auf morgen eine nach Hunderttausenden zählende Menge mobilisieren können, die uns gehorcht und bereit ist, alles für uns zu tun.

Vergiftung eines Führers der ungarischen Rassenkämpfer.

Budapest, 27. März. Gestern ist hier der rassenschützlerische Abgeordnete Georg Hir, einer der hervorragendsten Führer der Erwachenden Ungarn, unter verdächtigen Umständen vergiftet aufgefunden worden.

Hir war in jungen Jahren Feldarbeiter, dann wanderte er nach Amerika aus, wo er ein Abenteuererleben führte. Lange Zeit war er auf Zunder- und Kaffeeplantagen auf Java als Arbeiter tätig.

Die Außenpolitik Polens.

Warschau, 28. März. Der Außenminister des Sejm hat den Bericht des Ministerpräsidenten Strzymiski über die letzte Völkerbundversammlung mit 19 gegen 5 Stimmen genehmigt.

Herabsetzung des Rekrutenkontingents.

Warschau, 28. März. Der Sejm hat der Herabminderung des Rekrutenkontingents um 23.000 Mann zugestimmt.

Herabsetzung des Rekrutenkontingents.

Warschau, 28. März. Der am Freitag in Bukarest unterzeichnete rumänisch-polnische Garantievertrag ist an die Stelle des am 3. März 1921 abgeschlossenen Bündnisvertrages getreten.

Demission Brasianus.

Bukarest, 27. März. Heute nachmittags fand die letzte Sitzung des Parlaments statt. Ministerpräsident Brasianu, der längere Zeit krank war, erschien heute wieder in der Sitzung und verlas die königliche Postkarte, laut der die Session des Parlamentes für beendet erklärt wird.

Hierauf hielt Brasianu eine Rede, in der er erklärte, daß er heute dem König seine Demission überreicht habe. Er sei der Ansicht, daß angesichts der Neuwahlen auch die Regierung den Platz räumen müsse.

Die Finanzkrise in Frankreich.

Nies kracht.

Paris, 27. März. Finanzminister Beret erklärte Vertretern der Presse gegenüber, es sei unmöglich, daß die gegenwärtige Lage fortdauere. Bei dem geringsten Zwischenfall würde alles kragen.

Tagesneuigkeiten

Wetterberichte.

Junserbrunn, 29. März. Die zwei letzten Tage standen im Zeichen eines ausgesprochenen Frühwinters. Der Frühwind erreichte zeitweise eine bedeutende Stärke und oft schien es, als ob er auch Regen bringen würde.

Bregenz, 28. März. Gestern herrschte heiteres Wetter, das erst gegen Abend eine Trübung erfuhr. Heute zeigte sich am Morgen starke Bedeckung, die bald einen leichten Regen auslöste.

Salzburg, 29. März. Regenfälle während der Nacht, morgens leicht bewölkt, im übrigen warm.

Schneesturmkatastrophe in Japan.

Tokio, 27. März. Furchtbare Schneestürme haben ganz Nordjapan und namentlich die Insel Hokaido heimgesucht. Der Eisenbahnverkehr ist vielfach unterbrochen.

Die Sozialversicherung der Notare.

Wien, 27. März. Die Bundesregierung hat gestern im Nationalrat einen Gesetzentwurf betreffend die Sozialversicherung der Notare eingebracht, der das erste praktische Teilergebnis der Bestrebungen darstellt, die Altersversicherung der Selbständigen zu verwirklichen.

Die geplante Sozialversicherung für die Notare ist auf verhältnismäßig hohen ursprünglichen Beitragsleistungen aufgebaut, da das Durchschnittsalter der

zu Versicherenden derzeit etwa 50 Jahre beträgt und die Leistungen für die Witwen verhältnismäßig hoch sind. Die Versicherungsanstalt der Notare und Notariatsanwärter soll Invaliditätsrenten, Altersrenten sowie Witwen- und Waisenrenten bieten.

Die Invaliditätsrente setzt sich zusammen aus einer Grundrente von 180 S monatlich und einer Zusatzrente von 25 S monatlich für jeden einrechenbaren Beitragsmonat, so daß also nach einer vierzigjährigen Dienstzeit eine Rente von 300 S pro Monat erreicht wird. Die Witwenrente beträgt 150 S monatlich und 12 1/2 % Zusatzrente, so daß eine Maximalleistung von 210 S im Monat erreicht wird. Auf diese Renten sollen auch die Witwen jener Notare Anspruch haben, die schon vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes gestorben sind, und zwar im Falle erwiesener Bedürftigkeit im Ausmaße von einem Drittel der Rente, die dem Notar zugekommen wäre. Die Vorzeiten, die die Notare bisher schon als Notare oder Notariatskandidaten zurückgelegt haben, sollen ihnen teilweise auch für den Rentenanspruch angerechnet werden. Die Invaliditätsrente wird im Falle der Invalidität, die Altersrente bei Vollendung des siebenzigsten Lebensjahres und Resignation fällig.

Die Beiträge zur Versicherung sind pro Monat mit 40 S, plus drei Prozent des erwerbsteuerpflichtigen Monats Einkommens bemessen. Die Versicherungsanstalt soll auch die Krankenversicherung und die Stellenlosenversicherung der Notariatsanwärter übernehmen, so daß sie eine vollständig berufsmäßig geschlossene Versicherung des Standes der Notare und Notariatsanwärter darstellt.

Das Verwaltungsgerichtshofgesetz.

Wien, 28. März. Die Regierung hat im Nationalrat einen Gesetzentwurf über die Einrichtung des Verwaltungsgerichtshofes und die Verwaltungsgerichtsbarkeit eingebracht. Die Vorlage enthält eine kodifizierte Zusammenfassung aller den Verwaltungsgerichtshof betreffenden Vorschriften. Vor allem wird dem Umfange Rechnung getragen, daß das Bundesverfassungsgericht die Vorschriften über die Verwaltungsgerichtsbarkeit nicht unwesentlich geändert hat. In zweiter Reihe bedeutet das Gesetz eine Anpassung an die Verwaltungsreform.

Weiter bringt der Entwurf eine Neuordnung der Formvorschriften, die den Zweck haben, das Verfahren zu vereinfachen.

Die Novellierung des Preistreibergesetzes.

Wien, 28. März. Die von der österreichischen Regierung wiederholt angekündigte Novellierung des Preistreibergesetzes dürfte in der nächsten Zeit aktuell werden. Zwar sind die Wirtschaftskreise im Augenblick gegen eine Novellierung des Gesetzes, da sie auf dem Standpunkt stehen, daß das Gesetz als veraltet gänzlich aufgehoben werden müsse und es keinen Zweck mehr habe, ein überholtes Gesetz noch zu novellieren, doch ist man in Regierungskreisen der Ansicht, daß angesichts der geplanten Zollerhöhungen im Interesse des Schutzes der Konsumenten an eine Aufhebung des Preistreibergesetzes nicht zu denken sei.

Die Bundesbetriebe gefährdet.

Berücksichtigung des wirtschaftlichen Kampfes der Angehehlen.

Wien, 29. März. (Priv.) Bekanntlich hat vor einigen Tagen eine Deputation der Staatsarbeiter beim Bundeskanzler Dr. Ramek wegen Erfüllung der vor Jahren schon erhobenen, insbesondere dienstrechtlichen Forderungen der Staatsarbeiter und der Beamten in den Bundesbetrieben vorgesprochen. Der Bundeskanzler hat den Beamten und Intervertretern sofortige Verhandlungen versprochen. Die Verhandlungen wurden gestern im Finanzministerium aufgenommen und endeten vollständig ergebnislos. Formell wurden sie sogar abgebrochen.

Heute tritt die Exekutive der Technischen Union zu einer Beratung zusammen, um sich über die weiteren Schritte schlüssig zu werden. Die Vertreter der Angehehlen der Bundesbetriebe sind entschlossen, angesichts der Haltung der Regierungsvertreter gar nicht in Verhandlungen wegen der Staatsarbeiter einzutreten, sondern vorläufig in der Staatsarbeit, bei der „Wiener Zeitung“, dem lithographischen Institut, im Hauptamt und im Technischen Museum die passive Resistenz zu praktizieren. Die Situation wird in den Kreisen der Angehehlenvertreter als sehr ernst beurteilt. Die passive Resistenz wäre nämlich nur als erster Schritt anzusehen, dem die Aushebung des wirtschaftlichen Kampfes auf die übrigen Bundesbetriebe folgen würde.

Dramen des Lebens in Wien.

Wien, 29. März. (Priv.) Der Musiker Joh. Sponza hat sich wegen finanzieller Notlage erhängt.

Der Dreißiger Josef Stasny und dessen vierjährige Gattin Anna wurden in ihren Betten mit schwerer Leuchtgasvergiftung aufgefunden. Es ist anzunehmen, daß es sich um einen Mord- und Selbstmordversuch handelt.

Der vierjährige Elektromonteur Franz Berny hat sich in einem Auto erschossen. Man fand bei ihm einen Zettel mit den Worten: Ich muß sterben und Liebe meinen Feind mit dem Leben. Der Selbstmord scheint darin zu bestehen, daß Berny seine Stiefschwester liebte und daß diese Liebe über die Schwesterliebe hinausging. Berny ging mit dem Mädchen wiederholt auf Unterhaltungen. Seit einiger Zeit hielt er ein Zimmermädchen dem Mädchen Aufmerksamkeit und dies dürfte der Grund zum Selbstmord Bernys gewesen sein.

Ein neuer Erspareungskommissär für das Heerwesen. Wien, 28. März. An Stelle des mit der Leitung der ersten Sektion des Bundesministeriums für Heerwesen beauftragten General Artur Scheibel hat der Ministerpräsident den Vorstand des Präsidialbüros, Generalmajor Siegmund Kraus, zum Erspareungskommissär dieses Ministeriums bestellt.

Die Forderungen der Hausgehilfinnen. Wien, 27. März. Gestern nachmittags sprach eine Abordnung von Hausgehilfinnen beim Bundesminister Dr. Reich vor. Sie überreichten folgende Forderungen: „Einbeziehung der Hausgehilfinnen in die Arbeitslosenunterstützung, beschleunigte Einführung der Altersversicherung, finanzielle Unterstützung für die Errichtung von Altersheimen, strenge Handhabung des Inländergesetzes in der Anwendung auf die Hausgehilfinnen, Notstandsanzahlungen für notleidende Hausgehilfinnen.“ Bundesminister Dr. Reich erklärte, daß eine Arbeitslosenversicherung der Hausgehilfinnen derzeit nicht durchführbar sei. Wegen der Gewährung der Notstandsunterstützung an Hausgehilfinnen müsse erst ein Gesetz gemacht werden. Die Abordnung sprach dann bei Abgeordneten aller Parteien vor.

Nur einträgiger Aufenthalt der amerikanischen Hoteliers in Oesterreich? Wien, 17. April. Seit Monaten wird über den mit großem Applaus verkündeten Besuch der amerikanischen Hoteliers verhandelt. Empfangskomitees wurden gegründet; Funktionäre aller Art ernannt; unzählige Vorbereitungsarbeiten inszeniert; die außerhalb Wiens wohnenden Mitglieder immer wieder nach Wien getrommelt und das Ergebnis ist sehr lässig. Ursprünglich war der Aufenthalt in Oesterreich auf zehn Tage festgesetzt worden. Die Dauer wurde immer ein einige Tage herabgesetzt. Noch vor kurzem hieß es offiziell, daß die Gäste, nachdem bereits Gastein, das Salzammergut, Semmering und Baden der Reihe nach vom Programm abgesetzt wurden, wenigstens Salzburg und die Wachau besichtigen werden; nun ist auch diese Einreisung wieder ungültig und es bleibt, nach einer Meldung des Fachblattes „Das moderne Hotel“, vorläufig nur mehr bei einem einzigen Tag in Wien. Nur die Freudenverbund ist diese einträgige Reise nach Oesterreich natürlich nahezu vollständig wertlos und steht jedenfalls kaum im Einklang mit den Kosten, die der Empfang der Gäste erfordert.

Einschränkung der Auswanderung nach Brasilien. Das Konsulat der Vereinigten Staaten von Brasilien in Wien gibt bekannt, daß die Regierung des Staates Sao Paulo jedwede subventionierte Einwanderung vom 3. Mai l. J. an bis auf weiteres aufgehoben hat.

Ermäßigte jugoslawische Bäder- und Touristen-Visa. Wien, 29. März. Für familiäre Touristen, ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit, beträgt bei einem schon dreitägigen, und nicht wie bisher vierzehntägigen Aufenthalt in einem jugoslawischen Touristen-Orte die Visagebühr Dinar 10.—, d. h. derzeit 8.125 pro Paß und Visa. Der Aufenthalt muß von der Ortsbehörde, bezw. der Auktorkommission im Paße amtlich bestätigt werden. Kostenlose Auskünfte hierüber, als auch Ausgabe von Eisenbahnkarten zu Originalpreisen, ermäßigten Schiffsfahrkarten, Kojäten- und Zimmerreservierungen usw. erteilt das Offizielle Reisebüro des Königreiches S. H. E. in Wien, 1. Bez., Seilerstraße Nr. 30.

Eine deutsche Einheitschule wird mit Beginn des kommenden Schuljahres in Salzburg errichtet werden. Damit gelangt ein Plan zur Ausführung, der in Schulkreisen, schon lange erwogen worden ist, aber des Raummangets wegen nicht hatte ausgeführt werden können. Die neue Schule wird in Räumen des Studiengebäudes untergebracht werden.

Brotpreidermäßigung in Linz. Aus Linz wird berichtet: Wie aus Bädereisen mitgeteilt wird, wird ab nächsten Montag der Preis für Brot in der bisherigen Qualität und dem vorgeschriebenen Gewichte per Normalmaß um drei Groschen (dreihundert Kronen) vermindert.

Der angebliche Mörder der Migi Schmidt enthauptet. Wien, 29. März. Nach Mitteilungen aus Marseille wurde Rudegraber tatsächlich enthauptet, da nachgewiesen wurde, daß er nicht den Mord an der Prostituierten Migi Schmidt begangen hat.

Die Bildübertragungen von Wien nach Graz. Aus Graz wird berichtet: Die Versuche, mit Hilfe des belinischen Bildsenders, Bilder von Wien nach Graz zu übertragen, konnten in der Nacht zum 28. d. M. infolge atmosphärischer Störungen zu keinem befriedigenden Ergebnis führen. Wegen eines Bedrohens der Akkumulatoren beim Kohlenhügel-Sender mußten die Übertragungen vorläufig eingestellt werden. Die Versuche dürften erst am Montag wieder aufgenommen werden können. Die möglichsten Bilder sollten das Bild des Bundespräsidenten Dr. Hainisch mit dessen Unterschrift, eine Ansicht des Wiener Stephansdomes und Aufnahmen der Sender von Wien und Graz. Unter diese hat der Bundespräsident geschrieben: „Wie diese Bilder, sollen auch die Leute durch das Radio zusammenkommen.“

Der Tod des Mödlinger Gemeinderates Müller. Aus Wien wird berichtet: Am 21. d. M. wurde von der Strafanstalt Garsten der Sträfling Schwarzinger nach Verbüßung seiner Strafe entlassen. Er erschien kurz darauf beim Polizeiamte des Magistrates in Steyr und zeigte im Auftrage zweier Mitgefangener, die sich noch in der Strafanstalt Garsten befinden, an, daß die Namen der Personen, die den Mödlinger Gemeinderat Müller erschossen haben, den Mitgefangenen schon vor der Mordtat bekannt gewesen seien, da diese den Mitgefangenen ihren Plan verraten haben; der Plan sei vor allem darauf hinausgegangen, in Mödling einen „Wirbel“ hervorzurufen. Die Mitgefangenen wollten den Plan dem so-

zialdemokratischen Parteivorstand verraten, damit der Mord verhindert werde. Der Brief sei jedoch nicht weiterbefördert worden. Wie bekannt wird, mußte der Oberdirektor H. der Strafanstalt nicht, daß die Sträflinge damals eine Anzeige machen wollten, da sie nur einen Brief an eine Wiener sozialdemokratische Funktionärin schrieben, des Inhaltes, daß sie eine „politische Aufgabe“ machen wollten. Diesen Brief durfte die Direktion der Strafanstalt nicht passieren lassen. Die Strafanstaltsdirektion Garsten hat die Staatsanwaltschaft Steyr von der Angelegenheit offiziell in Kenntnis gesetzt. Ob die Angaben der Sträflinge richtig sind, wird erst die Untersuchung ergeben.

Todessturz eines Ingenieurs in Südbödenmark. Graz, 27. März. Der Ingenieur Helmut Brenschur aus Mahrenberg fuhr vor einigen Tagen nach halb 8 Uhr abends mit seiner Gattin in der Dunkelheit von der Station Wuchern in einem Wagen über die Draubridge nach Mahrenberg, wo sich seine Eltern befinden. Als der Wagen über die Brücke rollte, erhob sich Ing. Brenschur von seinem Sitze, schwang sich über das Brückengeländer und stürzte sich in die Drau. Die sofort in der Nacht noch angestellte Suche nach seinem Leichnam blieb erfolglos. Ingenieur Brenschur erlitt vor einiger Zeit in seinem Dienstorte bei Raasdorf einen Herzinfarkt.

Beim Kalkbrennen tödlich verunglückt. München, 27. März. In Esbach wurde ein Kalksteinbrenner und sein Sohn tot aufgefunden. Sie hatten sich, um dem scharfen Winde zu entgehen, auf den Rand des brennenden Kalkofens gesetzt und sind anscheinend durch Gase erstickt. Als man die Toten an die Luft brachte, begannen die Körper zu brennen, so daß die Anwesenden kaum in der Lage waren, das völlige Verkohlen der Leichen zu verhindern.

Selbstmord eines Budapester Mühlenleiters. Budapest, 29. März. (Priv.) Von Bauern wurde die Leiche eines Mannes aus der Donau gezogen, in dem man den Generaldirektor der Budapester Concordia-Mühle, Heinrich Höhnisch, vermutet.

Familien drama im Hause eines Berliner Bauunternehmers. Berlin, 27. März. (Wolf.) Hier hat sich gestern abends der Bauunternehmer Max Eenge in seiner Wohnung erschossen, nachdem er seine Frau durch einen Schuß in den Arm verletzt hatte. Er hatte auch noch auf eine Untermieterin einen Schuß abgegeben, die sich jedoch durch das Fenster in Sicherheit zu bringen vermochte. Den Grund zur Tat bilden Familienzwistigkeiten.

Ein Doppelmord in Ostpreußen. Berlin, 27. März. Aus Allenstein wird gemeldet: Gestern abends ist in der Nähe von Arns ein Doppelmord verübt worden, wobei der frühere Polizeimajor Schmidt und der Allensteiner Gutsverwalter Guednau erschossen worden sind.

Ein deutscher Tierbändiger in Rom von einem Tiger zerfleischt. Rom, 27. März. Im zoologischen Garten in Rom wurde heute der deutsche Tierbändiger Hugo Desterhagen aus Eisen von einem Tiger zerfleischt. Der Schwerverletzte starb auf dem Wege ins Krankenhaus.

Tirol und Nachbarländer

Fünzigster Geburtstag des Landeshauptmannes. Vorgergen feiert Landeshauptmann Dr. Stumpf seinen 50. Geburtstag. Der Landeshauptmann wollte zwar dieses Fest ganz still vorübergehen lassen; seine Parteifreunde, die Beamtenhaft und verschiedene Korporationen werden aber das Fest zum Anlaß nehmen, um dem Landeshauptmann ihre Anhänglichkeit kundzutun. Im Landhause wird eine interne Feier stattfinden.

Ferdinand von Hoffmeister. Am Freitag, den 26. d. M., abends, ist Herr Ferdinand von Hoffmeister, Verwaltungsbeamter des Wagnerischen Zeitungsverlages, nach langem, schweren Leiden im 53. Lebensjahre in Innsbruck verschieden. Mit ihm verliert die Wagnerische Universitäts- und Buchdruckerei in Innsbruck einen ihrer ältesten und pflichttreuesten Beamten, der ihr mehr als 30 Jahre seines arbeitsreichen Lebens gewidmet hat. Hoffmeister trat im Jahre 1895 als Buchhalter in die Dienste der Verwaltung der „Innsbrucker Nachrichten“, bewährte sich durch seinen vorbildlichen Pflichterfüllung und leitete auch einige Jahre als Verwalter den komplizierten Geschäftsbetrieb des Wagnerischen Zeitungsverlages. Vor fast zwei Jahren erkrankte Herr Hoffmeister an einem schweren Magenleiden, so daß er selber nur künstlich ernährt werden konnte. Trotz seines schweren Leidens verließ Herr Hoffmeister bis in die letzte Zeit auf seinem Arbeitsplatz und erfüllte in seltener Berufstreue seine Pflicht, bis ihn die Grippe befiel, die seinen Zustand rapid verschlechterte. Ferdinand von Hoffmeister hat sich durch seine festere Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit die Hochachtung seiner Chefs und seiner Mitarbeiter erworben, die Wagnerische Universitäts- und Buchdruckerei wird das Andenken ihres langjährigen Mitarbeiters heiß hochhalten.

Todesfälle. In Innsbruck sind gestorben: Herr Andreas Marxer, Bundesbahnrichter, 44 Jahre alt; Otto Draxler, Bundesbahnpostler, 25 Jahre alt; Philipp Tegischer, Bauer, 44 Jahre alt; Frau Margarete Karl, geb. Zerant, 70 Jahre alt. — In Tulln starb die Heilfängererbauerin Rosburga Köpfer, eine Tochter des Ersterbauern Bachmann. — In Wals verstarb einer der ältesten Bürger von Wals, Herr Ignaz Dietl, im 79. Lebensjahre. In früherer Zeit war er auch durch viele Jahre in der hiesigen Gemeindeverwaltung und durch eine Periode als Bürgermeister tätig. — In Lana starb Herr Julius Schrottenbach, Kassenbeamter der Firma Jugo. — Im Bozener Krankenhaus verstarb Frau Albina Ferrari, geb. Bonfanti, Hausbesitzerin, 54 Jahre alt, und Herr Johann Biedner, Besitzer in Auriz, 67 Jahre alt. — In Schlanders starb Frau Anna Gurscher, Kaufmanns- und Hausbesitzerin. — Am Donnerstag verschied im Mutterhause der barnherzigen Schwestern in Feldkirch die Schwester Coletta (Mahlbilde) Zumtobel, eine geborene Portnerin, 37 Jahre war sie Lehrerin, zuletzt in St. Pauls in Südtirol, wo sie bald nach dem Kriege schon als deutsche Lehrerin weichen mußte. — In Gaisau in Vorarlberg starb die Witwe Marie Schmiedinger im 80. Lebensjahre. — In Talsburg ist am 25. d. M. der Private Herr Dr. Moritz Rigand im Alter von 55 Jahren verschieden. — In

Zephyre u. Popeline in feinen, modernen Mustern, für Blusen, ganze Kleider und Herren-Hemden, Bw.-Krepp, Frottés, M 106 Volles usw. Leopold Hepperger, Museumstraße 9

Der sensationelle künstlerische Erfolg des Violinkonzertes JOHANN KONCZ zweieher als Mozartinterpret für die Salzburger Festspiele (angegliert ist) hat uns veranlaßt, ein zweites Konzert am Montag, den 29. März 8 Uhr abends, im Großen Stadtsaal zu veranstalten. Vortragsfolge: Grieg: Sonate C-Moll, Mozart: Konzert G-Dur, Klavier solo: Liszt: Don-Juan-Phantasie und einige Violinsoli von von Huber, Kreisler, Paganini usw. Die Karten sind wieder zu volkstümlichen Preisen von S.—50 bis S. 3.— in der Musikalien- und Grammophonhandlung „Innsbrucker Musikhaus“, Muschelstraße Nr. 19, erhältlich. 89 u

Delen aus Griechenland und Fischkonserven aus Deutschland und Griechenland gebildet der Verzug. Reis aus Italien kann durch solchen aus Indien usw. leicht verdrängt werden.

Italienische Kolonisierungspläne in Südtirol.

Rom, 27. März. Der Präsident des staatlichen Kämpferinstituts, Abgeordneter Manaresi, hat in einer Unterredung mit der „Tribuna“ unter anderem sich darüber geäußert, wie das Institut die ihm übertragene Aufgabe der wirtschaftlichen Ausnützung Südtirols zu lösen gedenkt.

Italienische Höflichkeit.

Zwischen einem Wiener Arzt und der Kurkommission in Porto Rose fand ein Briefwechsel statt. Der Wiener Arzt schrieb u. a. folgendes an die Kurkommission:

Die Ehrenkarte sende ich mit dem Bemerken zurück, daß, solange die Deutschen Südtirols seitens der Faschisten unmenschliche Behandlung erdulden müssen, wir deutschen Ärzte keinen Patienten nach Italien senden werden, vielmehr nach Civitavecchia oder einem deutschen Seebad.

Zufällig ist mir in die Augen gekommen die Antwort, die Sie an unsere Kurkommission in Porto Rose in dem Mißverständnis sandten. Es ist unerlässlich, wie ein Arzt, der unbedingt Unverfälscht haben möchte (wenn es ihm nicht vielleicht gelungen ist, im Kriege von einem Marodenwärter den Arzttitel zu erobern), eine so blödsinnige und unhumane Antwort zu geben.

Geschäftigkeit ist die Kunst, den Umgang mit sich selbst zu erlernen. Oscar Alumenthal.

Die Bupperschutz'n.

Von Dr. Guido Gröbil.

Das Wort kommt nicht aus dem Finnischen, es ist deutschen Stammes, — die Betonung liegt auf der ersten Silbe — und bedeutet ungefähr: Motorrad-Beiwagen.

Mein Freund George wurde ein Opfer unserer traurigen sozialen Zustände, man kann ihm selbst gar keine Schuld beimessen; das kam so:

Die Bark, bei der er angestellt gewesen, verachte wie so viele andere und George lag auf der Gasse. Er besah ein paar ersparte Milliwänchen, noch aus der Zeit, da man von heute auf morgen durch glückliche Ausnützung der Birnenkonjunktur ein reicher Mann werden konnte.

Und es war eine eitel Glück und Freude im Hause; die Maschine lief auch entzückend, und wenn sie irgendwohin kamen, er in dem funkelnagelneuen, englischen Anzug mit den weiten Pumphosen, sie im reizvollen Anzug aus schwarzem Crêpeottoman mit eckliefarbenem Besatz, eingehüllt in den Automantel aus braunem Kappelerleder, so blieben aller Augen auf ihnen haften...

Seine Mutter verkauft. So ist es, Herr Marodenwärter! Ueber einen Arzt haben wir eine ganz andere Meinung. Mit der Zeit wird hoffentlich wieder Gras darüber wachsen, die Klein werden ihren Wagen füllen und vielleicht zur Verkauft kommen...

Der Schreiber in Porto Rose war selb genug, seinen Namen nicht unter diesen, von Gemeinheiten und Beleidigungen strotzenden Brief zu setzen. Dieser Brief ist nicht nur für die deutschen Ärzte interessant, er ist auch lehrreich für alle Deutschen. Was in dem Brief einem unheimlich rechten deutschen Arzt widerfahren ist, weil er aus begreiflichen und selbstverständlichen Gründen eine von italienischer Seite erhaltene Ehrenkarte mit einer höflichen Begründung zurücksandte, kann täglich jedem Deutschen in noch ärgerer Art von den Italienern widerfahren.

Theater+Musik+Kunst

Stadttheater Innsbruck. Montag abends halb 8 Uhr Vorstellung der Arbeiterkammer zu kleinen Preisen mit allgemeinem Zutritt: Uraufführung „Mysterium der Liebe“, Tragedie in fünf Akten von Franz Soucek.

Uraufführung eines Schauspiels am Innsbrucker Stadttheater. Am Montag den 29. März wird das Schauspiel eines Innsbruckers, „Mysterium der Liebe“, bei bedeutend ermäßigten Preisen aufgeführt.

Musikverein Innsbruck. Am Dienstag den 6. April abends 8 Uhr wird im Musikvereinsaal Fr. Lisa Weich aus Bregenz, Schülerin der Meisterklasse des Prof. Max Bauer am Konservatorium in Leipzig, einen Klavierabend geben.

Sonatenabend Anita Portner — Walther Körner. Am 8. April werden sich die beiden Nürnberger Künstler im Musikvereinsaal zum erstenmale in einem Sonatenabend den Innsbrucker Musikfreunden vorstellen; das Programm (Bach, Reger, Pfitzner) dürfte allgemeines Interesse wecken.

Radio Wien 531. 8.30 Uhr: Übertragung aus der Wiener Staatsoper: „Das kaiserliche Gold“, Singspiel von J. Wittner.

Radio Graz 402. Festkonzert anlässlich des einjährigen Bestandes des Senders Graz, 8.30 Uhr: Festkonzert von Universitätsprofessor Dr. H. Zwiedineck. 8.55 Uhr: Vortrag von Universitätslektor J. Stekl. 9.10 Uhr: Konzert des Grazer städtischen Operorchesters.

Hermann Bahr — Generaldirektor der Bundestheater? Wien, 27. März. In unterrichteten Kreisen wird von der Errichtung einer Generaldirektion der beiden Bundestheater gesprochen.

Melie - Strümpfe 1.70 Palmers unter den Lauben Schilling

beabsichtigten Institution von der Wichtigkeit und Nützlichkeit des Generaldirektors abhängen würde, weiß die „Reichspost“ Posthoves zu melden: „Man denkt da an einen Mann, der das unbedingte Vertrauen der Regierung, der maßgebenden künstlerischen Kreise und die Sympathien der Bevölkerung für sich in Anspruch nehmen darf, eine Persönlichkeit, die unbeschadet ihres derzeitigen Wirkens im Auslande, mit dem geistigen und künstlerischen Wien eng verknüpft erscheint.“

Die hysterikerin im Theater. Wien, 27. März. Im Theater an der Wien ließ gestern abends während der Premiere der Operette „Die Fiskusprinzessin“ eine Frau in einem hysterischen Anfälle mit dem Rufe „Feuer“ aus dem Zuschauerraum.

Die Pensionen bei den Bundestheatern. Wien, 27. März. Gestern normiert hat sich der Ministerrat mit der Veränderung der Pensionsverordnung für die Bundestheater beschäftigt und die in halbährigen gemeinsamen Beratungen mit dem Finanzminister, dem Bundestheaterverwaltung, dem Oesterreichischen Bühnenverein und der Personalverwaltung der Bundestheater geschaffene neue Vorlage in ihrer letzten Fassung mit Berücksichtigung aller Abänderungsvorschläge genehmigt.

Turnen+Sport+Spiel

Fußballwettspiele.

Wien, 27. März. Das einzige Meisterschaftsspiel des Tages lieferten sich Amateure und Sportklub. Die Amateure erzwangen mit 1:0 (0:0) einen glücklichen Sieg.

Paris, 27. März. In dem Fußballwettspiel Einmütigkeit (Wien) gegen Red Star (Paris) siegte die Wiener Mannschaft mit 7:0.

Wien, 28. März. Bei dem heutigen Fußballkampf siegte die Prolet Sparta gegen M. A. C. mit 3:2 (1:1). — Meisterschaftsspiele: Vienna gegen Austria 3:4 (3:1), Wacker gegen Admira 0:0, F. A. C. gegen Rudolphshügel 4:0.

Budapest, 28. März. In dem heute zur Austragung gelangten Fußballwettspiel F. T. C. gegen Rapid (Wien) siegte die ungarische Mannschaft mit 3:0.

Innsbrucker Fußball. Der gestrige Sonntag brachte auf dem Fußballplatze folgende Spiele: Das nennenswerteste Spiel war das erste Zusammenreffen in dieser Saison zwischen dem erstklassigen F. C. Beididena und dem zweitklassigen F. C. Wacker, das nach sehr spannenden Situationen mit einem Siege von 1:0 (0:0) für Wacker endete.

Das Frühjahrs-Sportprogramm des F. C. Beididena. Der F. C. Beididena tritt heute mit einem reichen Programm in das festste

Der Bauer vom R. Hof, der auf dem benachbarten Felde beim Milchbreiten war, kam heran, und die Krallen auf sein Gesicht und machte sich erdbittig, sie in die Stadt zum Mechaniker zu fahren. George aber schritt gesenkten Hauptes hinterdrein.

Dann kam die unerfreuliche Auseinandersetzung mit dem Inhaber der Werkstätte. Der Korzen sei so gründlich kaputt, daß sich eine Instandsetzung kaum lohne, so sagte der Mann und bot ihm zehn Millionen als Kaufpreis für den ganzen Krampep. George, glücklich, wieder einmal einen Brocken Bargeld zwischen die Finger zu kriegen, schlug ein; aber der Mechaniker gab ihm bloß zwei und eine halbe und wollte den Rest nachzahlen, bis er die Maschine wieder an den Mann gebracht; George blieb nichts übrig, als gute Miene zum bösen Spiel zu machen.

Jetzt aber fing der Jammer erst richtig an. Der Wiener Vertreter der englischen Firma bekam Wind von der Sache und beehrte den Staatsanwalt auf Georgs Füße. Da ist irgendwo im Strafgesetzbuch ein Paragraph, daß man Sachen, die einem nicht zur Gänze gehören, nicht weiterverkaufen dürfe; der Teufel auch soll sich den ganzen Tag mit der Rechtsbibel herumlaufen. Die Sache kam vors Gericht. Immer noch schien es, als würde es halbwegs gut ausgehen, man war geneigt, dem Angeklagten alle möglichen Milderungsgründe zuzuerkennen; jugendlichen Leichtsinns, durch die Einflüsse der Nachkriegszeit geschädigten Charakter usw. Da kam zu guterletzt die Panik und klagte die Lombardkredite ein.

Es half nichts mehr, die Schlussverhandlung kam: drei Monate Gefängnis — — —

Was je den Menschen schwer gefallen ...

Was je den Menschen schwer gefallen, eins ist das Bitterste von allem: vermissen, was schon unser war, den Kranz verlieren aus dem Haar; nachdem man sterben sich gesehen, mit seiner eigenen Leiche gehen.

Grillparzer.

sch der Franzose verschaffen wollen. Auf Grund dieser Aussagen glaubt man nun, daß der nächtliche Besucher, der als Täter in Frage kommt, der Franzose war, der sich die besagten Dokumente holen wollte. Bestärkt wird man in diesem Verdachte durch den Umstand, daß die Wohnung eigentlich nicht ausgeraubt war.

Landwirtschaft

Die Aufteilung der Kredite für die Molkereien.

Wien, 27. März. In der gestern abgehaltenen Präsidentenkonferenz der landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften gab Bundesminister Thaler Aufklärungen über die Zollverhandlungen, sowie über die Verhandlungen in Genf betreffend die Molkereiekredite. Die Konferenz ersucht die Regierung, auf die Billigmachung der zu erlösenden verprochenen Quote aus dem Völkerbund-Kredit hinzuwirken.

Es wurde hierauf beschlossen, die Aufteilung der Molkereiekredite u. a. in folgender Weise vorzunehmen: Oberösterreich 1.200.000 Schilling, Steiermark 1.200.000 Schilling, Kärnten 500.000 Schilling, Tirol und Salzburg je 400.000 Schilling und Vorarlberg 200.000 Schilling.

Präsident Reither, Nationalrat Jödermayer und die anderen Präsidenten traten für eine allgemeine Revision der agrarischen Positionen des Zolltarifes zur Sicherung der Existenzbedingungen der österreichischen Land- und Forstwirtschaft ein. Die Präsidentenkonferenz richtete in diesem Sinne auch einen Appell an den amnestierenden Bundesminister Thaler. Schließlich wurde eine Herabsetzung der Viehtarife gefordert.

(Nach Oesterreich wird zu viel Obst eingeführt) Wien, 27. März. Auf der Agrarischen Woche hielt Hofrat Bösch ein Vortrag über die Kultur und die Verwertung des Steinobstes. In Erörterung der Wichtigkeit dieser Kultur wies er darauf hin, daß nach Oesterreich jährlich 380 Waggons Marillen, 400 Waggons Kirchen und über 1000 Waggons Zwetschen eingeführt werden. Durch volle Ausnützung der für den Bau des Steinobstes benötigten Flächen in Oesterreich könnte das Handelsdefizit um 92 Milliarden Kronen vermindert werden. Redner behandelte auch den österreichischen Gurkenbau. Der Vortragende bezeichnete es als eine Schande, daß nach Oesterreich jährlich 600 Waggons Gurken eingeführt werden, obwohl in den Weinregionen von Reg. Haugsdorf, Laa usw. Bedingungen für den Gurkenbau bestehen, die denen der Tschechien Gegend vollkommen gleich sind.

(Die Durchfuhr polnischer Schweine in der Tschechoslowakei verboten.) Wien, 29. März. Die tschechische Regierung hat einen Erlass herausgegeben, wonach die Durchfuhr polnischer Rinder und Schweine vom 30. d. M. an durch das tschechische Staatsgebiet verboten ist. Durch dieses Verbot wird nicht nur der polnische Viehexport nach der Tschechoslowakei, sondern der wesentlich stärkere Export polnischer Schweine nach Oesterreich, der seit etwa 2 1/2 Jahren im Gange ist, völlig lahmgelegt. Diese außergewöhnliche Maßnahme wird von der tschechischen Regierung mit den immer mehr überhand nehmenden Viehseuchen in Polen begründet. Für den Wiener Markt dürfte der Ausfall polnischer Schweine durch Einfuhr jugoslawischer und ungarischer und bei längerer Dauer durch holländische und dänische Importe gedeckt werden.

Volkswirtschaft

Die Wirtschaftsenquete in Wien.

Die Forderungen des Kohlenbergbaues.

Wien, 27. März. In der unter dem Vorsitz des Ministers Dr. Schürff abgehaltenen Bergbau-Enquete begründete der Vizepräsident des Vereines der Bergwerks-Besitzer Oesterreichs Dr. Butte die Wünsche des österreichischen Kohlenbergbaues. Er schlug die Einführung eines Braunkohlzollens vor, da eine Notwendigkeit, Braunkohlen einzuführen, überhaupt nicht besteht. Auf dem Gebiete des LieferungsweSENS seien die Bestimmungen der Lieferungsverordnung sinngemäß auch auf Kohle anzuwenden. Auch die Bundesbahnen als größter Kohlenkonsument hätten sich auf einen umfangreichen Bezug inländischer Braunkohlen einzurichten.

Bundesrat Schlagler erklärte namens des Verbandes der Bergarbeiter, daß die Bergarbeiterfrage grundsätzlich Schutzfrage abliehe, sie müsse aber zugeben, daß hier ein Noistand vorliege, der die Einführung eines Braunkohlzollens erwägenwert erscheinen lasse.

In der anschließenden Spezialdebatte an der auch Bundesminister Dr. Schürff teilnahm, wurde die Notwendigkeit handelspolitischer Maßnahmen zugunsten des Bergbaues anerkannt. Die auf dem Gebiete des LieferungsweSENS aufgestellten Forderungen wurden der Lieferungskommission zugewiesen. Die Belieferung der Bundesbahnen mit Kohle soll zunächst in einer unmittelbaren Aussprache zwischen den beiderseitigen Interessenten geklärt werden, deren Abhaltung der Bundesminister vermitteln wird. Bezüglich der Steuerfragen hat die Enquete einstimmig anerkannt, daß als Durchschnittspreis für Auslandskohle bei Berechnung der Warenumschlagsteuer nicht der Grunderpreis, sondern der Preis loho Grenze zugrunde zu legen sei.

Generalmajor Kasamas erklärte, daß die Sprengmittel-Monopolverwaltung bestrebt sein wird, dem Wunsche des Kohlenbergbaues nach Herstellung eines neuen, billigen Sprengstoffes Rechnung zu tragen. Zum Schlusse wurden die Vorteile eines Semmering-Tunnels für den Bergbau erörtert. Die Fortsetzung der Bergbau-Enquete findet am 31. März statt.

Der Bundesvoranschlag für April.

Wien, 27. März. Der Monatsvoranschlag für April 1926 wurde nach der Gliederung des Reformplanes wie folgt festgesetzt: a) Laufende Gebarung: Ausgaben 68.84 Millionen Schilling, Einnahmen 72.49, Ueberschuß 3.65; b) Investitionen: Ausgaben 15.86, Summe (Budgetabgang) 12.21.

(Goldbörse in Innsbruck.) Am 28. d. M. wies die Börse wieder einen sehr guten Besuch auf, es wurden verschiedene Schlüsse getätigt. Die bewilligten Preise sind allerdings der allgemeinen Marktlage entsprechend gedrückt. Befragt waren neuerdings Silber in alten gangbaren Dimensionen, ferner Lärchenholze, Lärchenbretter, Gruben- und Schieferholz und in Fichte vorwiegend Schmalware in allen Stärken, jedoch meist dritter Klasse. Angebote lagen vor in Buchen-, Kirschen- und Ahornschmalware, Lärchenholze, Föhrenpfosten, Fichtenkürzungsware und Reuzschmitt, ferner trockene Buchenscheiter. In der Karwoche entfällt die Börse, so daß der nächste Borsonntag Freitag den 9. April ist.

(Generalversammlung der Ersten österreichischen Sparkasse.) Wien, 27. März. Gestern wurde die Generalversammlung der Ersten österreichischen Sparkasse abgehalten. Aus dem Geschäftsbericht geht hervor, daß der Einlagenstand im Spar- und Scheckverkehr auf 66.1 Millionen Schilling gestiegen ist, und daß sich der Stand der Hypothekendarlehen auf 24.8 Millionen Schilling erhöht hat. Die Goldhoheit sowie die Rechnungsabstufung wurden genehmigt und die Gründung des Kreditvereines der Ersten österreichischen Sparkasse beschlossen. Von dem Reinertrag per 71.394 S wurden 71.244 S dem Reservefonds zugewiesen, der Rest zu Spenden verwendet. Die Reserven stellen sich auf 4.790.524 S.

(Die Arbeitslosigkeit im Jahre 1925.) Nach einer Zusammenstellung der „Statistischen Nachrichten“ haben sich im Jahre 1925 278 Streiks (im Vorjahr 380) und 36 Aussperrungen (im Vorjahr 46) ereignet. Von den Streiks waren 1632 Betriebe, hievon 732 der Nahrungsmittelindustrie und 223 des Bergwerkes, ergriffen und 56.444 Beschäftigte (am meisten in der Textilindustrie: 11.187 und in der Nahrungsmittelindustrie: 7029) erfasst. Die Summe der veräumten Arbeitstage belief sich auf 657.022, von denen auf die Metallverarbeitung (wegen der langen Streikdauer bei der Alpinen Montangesellschaft) 143.445 und auf die Textilindustrie 131.249 entfielen. Die durchschnittliche Dauer eines Streiks betrug 15.5 Tage. Die Streiks häuften sich in Wien und Niederösterreich, und zwar fallen auf Wien 105 Streiks mit 21.548 Streikenden und auf Niederösterreich 103 Streiks mit 8973 Streikenden. Unter den Aussperrungen stehen hinsichtlich der Zahl der Beschäftigten 19 Betriebe der Textilindustrie mit 10.515 Beschäftigten und zwölf Betriebe der Maschinenindustrie mit 6332 Beschäftigten an der Spitze. Die durchschnittliche Dauer einer Aussperrung betrug 27.9 Tage.

(Das Defizit im schweizerischen Bundeshaushalt.) Bern, 27. März. Das Defizit der Staatsrechnung für das Jahr 1925 beträgt 9,020,000 Franken.

(Weitere Arbeitentlassungen bei Krupp.) Berlin, 27. März. Der „Vorwärts“ meldet aus Essen, daß die Firma Krupp beim Demobilisierungskommissar die Entlassung von weiteren 2500 Arbeitern zum 29. d. M. beantragt habe.

(Abkündigung der deutschen Schaumweinsteuer.) Berlin, 27. März. Vom 1. April an wird die Schaumweinsteuer bis zum 1. Juli vollständig weggelassen. Erst vom 1. Juli wird eine Vorkontingentssteuer von einer Mark für die Flasche, bezw. zwanzig Pfennig für Fruchtsekt wieder eingeführt werden.

(Die Roggenvalorisation in Deutschland.) Berlin, 27. März. Im Reichstag wurde der 30-Millionen-Kredit für Roggenvalorisation mit 195 gegen 170 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen genehmigt.

(Die finanzielle Lage Jugoslawiens.) Belgrad, 27. März. In der Stupskiina erklärte der Finanzminister gelegentlich der Debatte über das Budget des Finanzministeriums, daß die Gesamtkriegsschuld an Amerika, Frankreich und England 15.163 Millionen Dinar betrage. Die gesamten Budgeteinnahmen betragen 12.279.899.671 Dinar, die Ausgaben 12.504.392.516 Dinar.

(Monopolisierung des Petroleum- und Zuckergeschäftes in Frankreich.) Paris, 27. März. In der heutigen Vormittagsitzung des Finanzausschusses der Kammer wurde der Entwurf über die Monopolisierung des Petroleumgeschäftes und der Antrag auf Monopolisierung des Zuckers angenommen. Beide Bestimmungen sollen am 1. Dezember 1926 in Kraft treten.

(Englands Reparationseinnahmen.) London, 27. März. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ weist heute auf die steigende Bedeutung der Reparationseinnahmen im englischen Staatshaushalt hin und erklärt, man habe allgemein nicht bemerkt, daß die ursprüngliche Schätzung der Reparationseinnahmen Churchill's, die ursprünglich 10 bis 12 Millionen Pfund betragen, nunmehr auf 15 Millionen Pfund im Jahre angelegt seien, und daß dieser Betrag nur einen Bruchteil der künftigen Gesamtsumme Englands darstelle, vorausgesetzt, daß Deutschland die vorgesehene Zahlung von 125 Millionen Pfund jährlich zu leisten vermöge. In diesem Falle würde Englands Anteil 27 Millionen Pfund betragen. Schon heute sei es Churchill durch die unerwartete Reiherrnahme

gefangen, den englischen Anteil an der Zinszahlung an die Vereinigten Staaten von 9 Millionen Pfund auf 4 Millionen Pfund herabzusetzen. Die Deckung dieser 4 Millionen Pfund hinge davon ab, ob Sowjetrußland bereit sein würde, einen Zinsbetrag von 1/2 Prozent für seine Schulden zu bezahlen. Es wäre aber zweifelhaft, ob Moskau es der Mühe wert halte, seinen Kredit in England mit so geringen Untkosten wieder herzustellen.

(Nationalisierung der türkischen Petroleumgebiete.) Angora, 27. März. Die Nationalisierungsaktion hat die Nationalisierung der türkischen Petroleumgebiete beschlossen. Auf Grund des bezüglichen Gesetzes können weder türkische noch ausländische private Gesellschaften Petroleumvorkommen auf türkischen Gebiete ausforschen oder ausbeuten. Die türkische Regierung behält sich alle Rechte hinsichtlich der Petroleumvorkommen vor.

Der Goldbergbau in den Alpen.

Von Univ.-Dozent Dr. Guido Gradl.

Der Besitz einer Goldgrube erscheint dem Laien seit jeher als der Gipfel des Erstrebenswertes; er bedenkt nicht, daß unter Umständen ein mittelmäßiger Bergbaubetrieb auf Zementmergel oder Magnesit eine bessere Rente abzuwerfen vermag als ein armlicher Goldbergbau. Die Verbreitung des Goldes in der Natur ist durchaus nicht so selten, als man vermuten möchte, die Rentabilität seiner Gewinnung beginnt allerdings erst bei einer mit den örtlichen Verhältnissen jeweils wechselnden Anreicherung, deren einwandfreie Feststellung mit zu den schwierigsten Aufgaben des fachlichen Bearbeiters gehört.

Die Goldvorkommen der Alpen sind ausschließlich an das kristalline Schiefergebirge gebunden; als Erze treten vorwiegend Schwefelkies und Arsenkies, untergeordnet auch Kupferkies mit schwankendem Goldgehalt auf. Träger dieser Erze — die sogenannten Gangarten — sind verschieden mächtige Quarzgänge, die das kristalline Gebirge durchziehen.

Bedecktes Gold (Feingold) ist meist nur untergeordnet vorhanden und auf gewisse, regelmäßig angeordnete Anreicherungsstellen beschränkt, deren Aufspürung und planmäßige Verfolgung dem Bergbau oft schwierige Aufgaben stellt.

Wie bekannt, ist das Gebiet der hohen Tauern um Gastein und Kauris horum ein Gebiet alten Berglebens. Teils durch Gewältigung alter Bauen, teils durch zielbewusste, sehr kostspielige Auffahrung neuer Strecken ist in den letzten Jahren das Goldfeld der Tauern neu erschlossen worden und geht in jenen Gegenden nunmehr ein lebhafter, gut geleiteter Bergbau un. Gegen Westen zu nehmen die Vorkommen an Häufigkeit ab, ohne jedoch vollständig auszuweichen. Sowohl von der Südhälfte der Zentralalpenferse als auch vereinzelt von anderen Orien sind Vorkommen von Gold bekannt, ohne daß es an irgend einer Stelle zu einem nennenswerten Bergbaubetrieb gekommen wäre. Erst auf der Nordseite des Zillertaler Stöckes, am Hainzenberg bei Zell a. J., begannen wir wieder einem alten Goldbergbau, der durch Jahrhunderte hindurch eine nicht unbedeutende Rolle gespielt hat, gegenwärtig allerdings still liegt. Weiter westlich ist kein Goldbergbau in den Alpen bekannt; wenn wir aber die Gebirge und Schotter der Flüsse untersuchen, die von Süden aus den Zentralalpenferse zum Inn zufließen, so finden wir nicht unbeträchtliche Spuren von Gold und goldführenden Riesen. So in Ziller, Sill, Melach, Dehtaler- und Pysaleralpe u. a., was die Annahme bestätigt, daß in den Einzugsgebieten dieser Wasserläufe zweifellos goldhaltige Gesteine da und dort anstehen müssen. Nicht selten stößt man bei Untersuchung alter Bergbaue auf Stellen, wo „der Alte“ Schwefelkies abgebaut hat, sicher nicht wegen der Eisengewinnung, sondern, wie wir mit größter Wahrscheinlichkeit annehmen können, um ihres Goldgehaltes willen.

In den Tauern sind die goldführenden Gänge hauptsächlich an gewisse Gneise und Hornblendeschiefer geknüpft, weiter im Westen, so in den Tiroler Alpen, scheinen sie mehr an weichere Gesteine, Serizit- und Talkschiefer, Tonstein- und Chloritschiefer u. a. ähnliche gebunden, denn wir finden in den Flüssen neben zahlreichem Gesteinsbrocken mit goldhaltigen Schwefelkies leiteren auch häufig in Körnern und derber: Stücken, was darauf schließen läßt, daß die erzführenden Gänge in sehr leicht zerfallbaren Gesteinen ausgelegt hatten, deren Trümmer einen weiteren Wassertransport eben nicht ausschließen. In der Tat sind diese und andere ähnliche Gesteine in den Gebirgsstöcken der sogenannten nördlichen Schieferhülle, insbesondere zwischen Sill und Melach sowie auch weiter westlich reichlich vertreten.

Eine planmäßige Beschürfung der in Frage kommenden Gebiete stößt wohl auf Schwierigkeiten. Da man den im Schwefelkies vorhandenen Goldgehalt weder mit freiem Auge noch mit optischen Hilfsmitteln sicher nachweisen kann, ist man ausschließlich auf die chemische Analyse angewiesen, die auch nur dann eine brauchbare Beurteilungsgrundlage bietet, wenn das untersuchte Ergematerial eine wirkliche Durchschnittsprobe darstellt. Die Auswahl desselben muß daher ausschließlich dem berufenen Fachmann vorbehalten bleiben. Mit Rücksicht auf die beträchtlichen Kosten derartiger Untersuchungen wird man naturgemäß nur solche Stellen des Vorkommens in Betracht ziehen, über deren nutzbarer Goldgehalt schon Vermutungen vorliegen, das sind zumeist solche, die bereits einmal Gegenstand bergbaulicher Ausbeutung gewesen sind. Auf diesem Wege sind ja fast alle bisher bekannten alpinen Goldlagerstätten wieder in den Kreis bergbaulicher Interessen gerückt worden. Glückliche Neufunde sind natürlich ein Wert für sich. Man wird auf diesem Wege eben manche Beschläge, sicherlich auch manche frohe Ueber-raschungen erfahren.

Gegründet 1834

TUCHHAUS FRANZ GREIL

Gegründet 1834

MARIA-THERESIEN-STRASSE 7

Erstklassige Herrenstoffe, original englisch Vornehme Damenstoffe für Mäntel, Kostüme, Kleider

Weißwaren in allen soliden, erprobten Qualitäten / Bunte Zeuge, Wirtschafts-Artikel in größter Auswahl

Die Frühjahrs-Mode 1926

bringt entzückende Neuheiten in

Damen-Mänteln, Kostümen, Complets und Kleidern!

!!! Wir bringen den billigen, mittel und feinsten Genre zu wirklich **auffallend billigen Preisen** !!!
!!! Unsere Auswahl ist ganz enorm !!!

Frühjahrs-Mäntel	Frühjahrs-Kostüme	Frühjahrs-Kleider
Mäntel aus englisch gemust. Modestoffen; nur gute Qualitäten und moderne Fassons in allen Größen S 48.—, 54.—, 60.—, 25.-	Kostüme aus englisch dess. Strapastoffen, sehr feuchte Neuheiten für Straße u. Sport in jeder Größe S 69.—, 53.—, 43.-	Kleider aus prima Washwoile, mit kurzen und langen Ärmeln, reizende Neuheiten, in allen Größen S 5.40, 5.75, 4.50, 3.60
Mäntel aus besten, imprägnierten Stoffen; durchwegs Neuheiten für schlanke und starke Damen S 65.—, 48.—, 22.50	Kostüme aus gutem Frühjahrs-Covercoat; neu eingelangte Fassons in prima Ausführung S 68.—, 55.—, 45.-	Kleider aus entzückendem Modestoffen, in neu eingelangter Fassons; für schlanke und starke Damen S 17.50, 14.—, 7.50
Mäntel aus prima Frühjahrs-Covercoat, neueste Modelle für kleine und große Figuren S 54.—, 49.—, 32.-	Kostüme aus Reinwoil-Cheviot, gediegene Machart; ganz besonders preiswert S 65.—, 55.—, 45.-	Kleider aus karierten und schottischen Wollstoffen, riesige Auswahl zu enorm billigen Preisen S 39.—, 35.—, 22.—, 16.50
Mäntel aus glatten und melierten Ripen und anderen Modestoffen; reizende Neuheiten in sämtl. modernen Farben S 110.—, 95.—, 78.—, 46.-	Kostüme aus Moderips in den neuesten Frühjahrs-Farben; reizende Neuheiten in vorzüglicher Ausführung S 145.—, 105.—, 79.-	Kleider aus Reinwoil-Cheviot und Gabardine; besonders schicke Fassons in hellen u. dunklen Farben S 42.—, 35.—, 22.50
Mäntel-Modelle, die letzten Modeschöpfungen aus Seide, Epinglé, Matlassé etc., hochparierte Formen S 225.—, 195.—, 145.—, 120.—, 85.-	Kostüme aus hochmoderner Qualitätsware; jetzt eingelangte Modelle in allerfeinster Ausführung S 188.—, 148.—, 120.-	Kleider aus Moderips in den neuesten Frühjahrs-Farben, auch entzückende Jumper-Kleider S 69.—, 58.—, 49.50, 35.—

Complets die große Mode! Prachtvolle Neuheiten in Mantel-Complets, Kostüm-Complets, Cape-Complets nach Pariser und Wiener Modellen!

Sport-Jacken in besonders **frischen Fassons**
 I. Serie: aus prima Zeltstoff . . . S 17.—
 II. Serie: aus imprägn. Covercoat . . . S 19.50
 III. Serie: aus engl. Modestoff . . . S 19.50
 IV. Serie: aus Frühjahrsflausch . . . S 36.—
 V. Serie: aus vorzügl. Duvetine . . . S 52.—

Maß-Bestellungen auf Complets, Kostüme, Mäntel, Kleider, Schösse etc. werden in unseren erstklassigen Werkstätten (auch aus mitgebrachten Stoffen) schnellstens, tadellos und zu billigsten Preisen angefertigt!

WARENHAUS BAUER-SCHWARZ

Maria-Theresien-Straße 33-35

GREGOR FISCHER
 INNSBRUCK • LEOPOLDSTRASSE

Großhandel in
 Kurz- u. Galanteriewaren

Religiöse Industrie

Für Ostern!

DAMEN-STRÜMPFE

von S 1.— an
 Alle Feinheiten
 Riesige Farben-Auswahl

Hans Fiedler
 Museumstraße 2
 Geschäftszeit von 8—7 / Keine Mittagssperre
 „Favorit“-Schnitt-Verkauf

Zur Fahrseason 1926:
Waffenrad Steyr

allbewährte Marke

General-Vertrieb: **Röthy & Wiedner** Heiliggeiststr. 9

Leinen-Waren
 in allen Breiten und Felheiten
Bett- und Tisch-Wäsche
 Handtücher
 Wäsche-Haus
„Zur weißen Rose“
 Maria-Theresienstr. 47

Ihren Möbein

ob poliert, lackiert, gebeist, hart od. weich
 verleiht „Kiwal“
 neues Aussehen.

frisch auf und imprägniert selbe. Kein Vergleich mit allen bisherigen Polituren und Mixturen. Preis per Flasche 2 S. Erhältlich in Innsbruck bei: Theodor Frank, Martin Fuchtschenthaler, Jasperl u. Schöneck, Kitzbühel: Alois Vogl, Landeck: Ehrenreich Greuter, Anton Handl u. Sohn. 83 S

Zur Osterputzerei

Bürsten, Reibtücher, Robbaarbesen, Klopfer usw. billigst bei P 1907
 Putzenbacher, Sellergasse Nr. 8.

Dest. Blandruckfabrik

sehr leistungsfähig, sucht für den Innsbrucker Platz, event. für Tirol und Vorarlberg, einen branchenkundigen, nachweisbar bei den Großhändlern und größeren Detailgeschäften bestens eingeführten und besonders rührigen **Vertreter**. Gefl. Offerte unter „Erste Kraft 203/2338“ an die Verwaltung dieses Blattes. 205 j

Garantiert echte böhmische Bettfedern

Wieder die schöne Friedensqualität!
 Das Kilo von 6 S aufwärts, in Kilo packungen oder Tuchenten 150x120, 180x120, 180x150 in jeder Größe erhältlich Muster gratis. Versand per Nachnahme. Jede Sorte lagernd. — Verkauf im großen und im kleinen bei

Firma **Georg Draxl**
 Innsbruck, Altstadt, Herzog-Friedrichstraße 33.
 Bitte, achten Sie genau auf den Firmenschild!

Triumph-Rino Heute **Grüß' mir das blonde Rind am Rhein**
 Als Einlage: Ein Lustspiel mit **Harald Lloyd** und die diesmal besonders interessante Gaumont-Boche